

Bürger als Investoren und Produzenten

Wie Bürger die Energiewende mitgestalten

Bei der ökonomischen Betrachtung der Energiewende stehen meist Verteilungsfragen bezüglich der Kosten im Vordergrund. Doch durch Investitionen in erneuerbare Energien stellen Bürger das etablierte Geschäftsmodell der Konzerne zunehmend infrage. Der Faktor Akzeptanz ist dabei von entscheidender Bedeutung.

Von Anatol Itten und René Mono

Die Energiewende hat viele Entscheidungen über Erzeugungs-, Infrastruktur- und Regulierungsvorhaben auf unterschiedlichen politischen Ebenen nach sich gezogen. Aus der Praxis wissen wir: Je lokaler ein Projekt und die entsprechende Entscheidungsfindung verankert ist, desto höher ist das Potenzial, einen Bezug der Bevölkerung herzustellen. Je weiter entfernt der Ursprung eines Projekts zu seiner unmittelbaren Auswirkung liegt, desto schwieriger wird es, Bürger einzubeziehen. Damit steigt die Gefahr von Desinteresse oder Ablehnung.

Bürgernähe der Energiewende

In der Literatur wird dies auch als Mehrebenenproblematik bezeichnet. Der Umgang mit dieser Problematik scheint im Zusammenhang mit der Energiewende noch weitgehend ungeklärt. Das zeigte sich jüngst an einem Beispiel in Schleswig-Holstein, als eine breit angeworbene Bürgeranleihe für ein Übertragungsnetz scheiterte. Als Begründung wurde unter anderem angegeben, dass ein Großteil der Haushalte kein Interesse an einer Beteiligung hatte oder nicht über die finanziellen Mittel verfügte.

Man kann das Ergebnis auch anders interpretieren. Bürger sind nicht bereit, ihr Ersparnis in ein Projekt zu investieren, in dem Fragen zur generellen Ausgestaltung oder zum Naturschutz ungeklärt sind und bei dem keine ausreichende politische Beteiligung stattgefunden hat. Tatsächlich scheint in diesem Bereich die Legitimierung von Entscheidungen kritisch zu sein, wie die Umweltpsychologen Hildebrandt et al. (2012) darlegen. Sie gingen der Frage nach, wen die Menschen bei Netzausbauprojekten als glaubwürdig betrachten. Die großen Netzbetreiber schneiden in diesem Zusammenhang ebenso wie Politiker und Planungsbehörden nicht gut ab. Die höchsten Werte erreichen Bürgerinitiativen.

Die Akzeptanz von Bürgern beim Ausbau erneuerbarer Energien

Als eine wichtige Voraussetzung für Akzeptanz kann die subjektive Wahrnehmung von Gerechtigkeit benannt werden. Diese teilt sich auf in die Fairness des Entscheidungsprozesses und in die Kosten-/Nutzenverteilung. In vieler Hinsicht geht es bei einer ökonomischen Betrachtung der Energiewende um Verteilungsfragen und -konflikte. Bei externen Kosten besteht meist die Schwierigkeit, sie in Geldeinheiten auszudrücken. Die ökonomische Akzeptanzforschung sieht darin eine Erklärung für die Akzeptanz infrastruktureller Projekte (Perez-Carmona 2013). Dieser Forschungsstrang geht davon aus, dass Menschen keine Anlagen in der Nähe wollen, deren Bau negative Effekte auf Immobilienwerte, Erholungsmöglichkeiten und Gesundheit mit sich bringt. Isolierte ökonomische Anreize, wie Entschädigungen oder Anleihen sind mit Vorsicht zu genießen, denn sie können Bestechungsreflexe bei den Betroffenen auslösen.

Direkte Betroffenheit ist ein starker Anreiz für viele Bürger, sich mit technischen, planerischen, juristischen und ökonomischen Fragen auseinanderzusetzen, frei nach Lao Tse: „Sag es mir – und ich werde es vergessen. Zeige es mir – und ich werde mich daran erinnern. Beteilige mich – und ich werde es verstehen“. Hildebrandt et al. (2012) benennen dafür das Kongruenzprinzip als eine wichtige Voraussetzung. Es bezeichnet eine möglichst große Überschneidung zwischen Investoren, Entscheidern und Betroffenen. Dies könnte eine Antwort auf die eingangs beschriebene Mehrebenenproblematik sein. Wenn die Betroffenen sich als Teil eines Projektes zu erneuerbaren Energien verstehen, können sie leichter den Sinn des Projektes erkennen und nachvollziehen. Damit ist ein wesentlicher Grund geklärt, weshalb die Bürger sich immer stärker selbst an erneuerbaren Energien beteiligen: Sie lassen Mitgestaltung und Mitbestimmung ausdrücklich zu und vermitteln so ein Gefühl von Selbstwirksamkeit.

Finanzielle Beteiligung der Bürger

Bürgerbeteiligung umfasst neben dieser politischen Entscheidungskomponente auch eine aktive ökonomische Komponente. Im August 2013 hat der Bundesverband der Verbraucherzentrale eine Bevölkerungsumfrage zum Thema Stromerzeugung vorgestellt (VZBV 2013). Fasst man die entsprechenden Kategorien zusammen, so sagen 62 Prozent der Befragten, dass sie ihren Strom zumindest anteilig selbst pro-

duzieren oder produzieren würden. Nur 28 Prozent sagen, dass aus ihrer Sicht die Stromerzeugung Aufgabe der Konzerne ist. Dieses Ergebnis spricht dafür, dass die Dezentralität in der Energiewende nicht nur gewünscht ist, weil sie politische Beteiligung ermöglicht, sondern auch, weil durch sie zumindest partiell Handlungsautonomie möglich wird.

Die Verbraucher sind nicht mehr von den Erzeugern und deren Produkt- und Preispolitik abhängig, sondern können selbst handeln. Auch in dieser Hinsicht dürfte die erwähnte Selbstwirksamkeit relevant sein. Für die etablierten Stromkonzerne bedeutet dies eine dramatische Herausforderung. Denn das Ergebnis lässt sich auch so interpretieren: Nur noch 28 Prozent der Stromverbraucher glauben an das Geschäftsmodell der Stromkonzerne.

Die Folgen für den Energiemarkt

Das Interesse der Bürger in Projekte zu erneuerbaren Energien zu investieren, zeigt sich auch in den zahlreichen Energiegenossenschaften. Deutschlandweit sind es mittlerweile über 750, mit steigender Tendenz (Holstenkamp/Müller 2013). Von einem generellen Desinteresse der Bürger an einer finanziellen Beteiligung an erneuerbaren Energien kann also keine Rede sein. Ganz im Gegenteil, die Energiewende war bisher vor allem eine Bürgerenergiewende.

Die Leuphana Universität und trend:research (2013) kamen zu dem Ergebnis, dass sich 2012 in Deutschland 47 Prozent der Anlagen im Bereich erneuerbarer Energien in Bürgerhand befanden. Die vorherrschende Stellung der Bürgerenergie gilt im Wesentlichen über alle Technologien, zeigt sich aber besonders deutlich bei Windenergie onshore. An 50,4 Prozent (15,5 Gigawatt) der in Deutschland installierten Windleistung sind Bürger beteiligt. Davon gehen 6,3 Gigawatt installierter Leistung auf das Konto von Bürgergesellschaften. Diese haben damit doppelt so viel zur Windenergiewende beigetragen wie die 20 größten Energieversorger zusammen.

Motive zur Beteiligung an der Energiewende

Über die Motive, die für Bürger ausschlaggebend sind, um sich an der Errichtung und dem Betrieb von Anlagen im Bereich erneuerbarer Energien zu beteiligen, ist wenig bekannt. Volz (2011) zufolge spielt die Dividendenerwartung eine untergeordnete Rolle. Wichtiger sind gesellschaftspolitische Motive, etwa den Anteil der erneuerbaren Energien zu erhöhen, einen Beitrag gegen den Klimawandel zu leisten, das „Wir-Gefühl“ zu steigern oder die öffentliche Wahrnehmung der Region zu verbessern. Dass gesellschaftspolitische Ziele, weniger finanzökonomische Motive für Genossenschaften relevant sind, bestätigt auch eine qualitative Befragung der Leuphana Universität und trend:research (2013).

Offensichtlich haben Bürger den Anspruch, bei dem großen techno-ökonomischen Projekt Energiewende eine aktive Rolle

„Bürger sind nicht bereit, in ein Projekt zu investieren, wenn keine ausreichende politische Beteiligung stattgefunden hat.“

zu spielen. Sie wollen mitentscheiden und mitgestalten. Dafür stehen ihnen unterschiedliche Wege zur Verfügung: Das formelle Bürgerbegehren, die informelle Bürgerbeteiligung oder schließlich die Möglichkeit, ihr Kapital für die Errichtung und den Betrieb einer Anlage im Bereich erneuerbaren Energien einzusetzen. Jedoch stehen diese drei Beteiligungsformen, zumindest theoretisch, nur bei einer dezentralen Energiewende uneingeschränkt offen.

Literatur

- Hildebrandt, J./Rau, I./Schweizer-Ries, P. (2012): Die Bedeutung dezentraler Beteiligungsprozesse für die Akzeptanz des Ausbaus erneuerbarer Energien. Informationen zur Raumentwicklung 9–10/2012.
- Holstenkamp, J./Müller, R. (2013): Zum Stand von Energiegenossenschaften in Deutschland. Arbeitspapierreihe Wirtschaft & Recht Nr. 14 der Leuphana Universität. Im Internet unter: <http://www.leuphana.de> (6. 12. 2013).
- Leuphana Universität/trend:research (2013): Definition und Marktanalyse von Bürgerenergie in Deutschland. Im Internet unter: <http://100-prozent-erneuerbar.de> (9. 11. 2013).
- Perez-Carmona, A. (2013): „Widerstand gegen Infrastrukturprojekte besser verstehen“. In: Töpfer, K./Volkert, D./Mans, U. (Hrsg.): Veränderung Durch Wissen. München.
- Volz, R. (2011): Strukturen und Merkmale von Energiegenossenschaften in Deutschland: ausgewählte Ergebnisse einer bundesweit durchgeführten Vollerhebung. Stuttgart-Hohenheim.
- VZBV (Verbraucherzentrale Bundesverbands) (2013): Vom Verbraucher zum Stromerzeuger. Im Internet unter: <http://www.vzbv.de/12113.html> (06. 12. 2013).

AUTOREN + KONTAKT

Anatol Itten ist Senior Specialist für Partizipation und Konfliktlösung bei der 100 Prozent erneuerbar stiftung. **Dr. René Mono** ist Geschäftsführer der 100 Prozent erneuerbar stiftung.

100 Prozent erneuerbar stiftung, Albrechtstraße 22, 10117 Berlin. E-Mail: anatol.itten@100-prozent-erneuerbar.de, mono@100-prozent-erneuerbar.de, Internet: www.100-prozent-erneuerbar.de

